

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 28. Februar 1879.

Nr. 100.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf den Monat März für die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 50 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 70 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.
Die Redaktion

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung vom 27. Februar.

Präsident von Forderbeck eröffnet die Sitzung um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Einige Bundes-Kommissare.

Tagesordnung:

I. Antrag des Abg. Stumm. Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, dem Reichstage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher auf die Einführung obligatorischer, nach dem Muster der bergmännischen Knappschaftsvereine zu bildender Alters-, Invaliden- und Invalidenklassen für alle Fabrikarbeiter gerichtet ist.

Der Antragsteller Abg. Stumm erhält das Wort. Redner wendet sich zunächst gegen Vorwürfe in der Presse, als wenn sein Antrag eine Ungerechtigkeit enthielte. Man hat gesagt, der Antrag sei eine Folge des Sozialistengesetzes. Dem gegenüber muß ich darauf hinweisen, daß ich schon 1869 einen dahingehenden Antrag gestellt, welcher noch viel weiter ging. Damals hieß es, daß die Sache noch nicht reif sei. Die Freiheitsschwärmerie der linken Parteien habe nicht ein Herabziehen der sozialen Gefahr verhindern können. Der Antrag auf obligatorische Invalidenklassen steht in enger Verbindung mit dem Haftpflichtgesetz, für dessen Revision alle Parteien einig sind. Redner schildert die Einrichtung der Knappschaftsvereine. Die Leistungen bestehen nicht bloß in fortlaufender Unterstützung bei Krankheiten, sondern in einer vollständig befriedigenden Einrichtung, welche den in der Arbeit ergrauten und invalide gewordenen Leuten die Frucht ihrer jahrelangen Arbeit auch für das Alter sichert, und die Verwaltung der Kassen ist musterhaft. Daher hat die Sozialdemokratie in den Gegenden, wo die bergmännischen Knappschaftskassen herrschen, keinen Boden gewonnen. Das Vermögen der Knappschaftskassen hat sich in steigendem Verhältnisse vermehrt. Der Vorwurf, daß durch obligatorische Abzüge vom Lohn eine Verletzung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung herbeigeführt werde, ist ein ganz unhaltbarer. Diese Einwurfe sind ganz veraltet. Was die Höhe der Beiträge betrifft, so ist auch gesagt worden, daß dieselben sehr drückend seien. Daß auch der Arbeitgeber seinen Anteil an den Beiträgen zahle und daß dies auch ihm drückend ist, daran denkt man nicht. Auch darf man nicht von Zwang sprechen, wo der Staat nur eingreift, um schützend zu wirken. Dann könne man von Schul- und Militärschwanz nehmen. Alle diese Vorwürfe wiederholt die Resolution von 1876, auf welcher der Antrag des Fortschritts auf freiwilliger genossenschaftlicher Theilnahme beruht. Ein wesentlicher Vorzug der obligatorischen Kassen ist die einschränkende Wirkung der Freiwilligkeit. Was die praktische Durchführbarkeit solcher obligatorischen Kassen betrifft, so ist dieselbe ja durch die Knappschaftskassen erwiesen, deren Erfolge diejenigen der Gewerkschaftsvereine weit hinter sich lassen. Die Anwendung des Knappschaftszwanges auf die Fabrikanten ist ohne Aenderung übertragbar, wenn auch beim Handwerk Modifikationen notwendig sind. Die Vermehrung des Vermögens und der Mitglieder (welche Redner durch Zahlen nachweist) sollte doch auf Nachahmung der Kassen hinweisen. Die Knappschaftskassen können durch ihre vortreffliche Einrichtung stets das Wohl der Gesamtheit im Auge haben, während die Versicherungen nur den Einzelnen, nicht das ganze Gewerbe berücksichtigen. Jedoch mehr als die Genossenschaften sind selbst die bürgerlichen Versicherungen unter Staatsverwaltung zu empfehlen. Die genossenschaftlichen Pläne sind nur Theorie und die praktischen Erfahrungen haben nichts Nachahmungswürdiges geschaffen. Redner behauptet, daß die Erklärungen des Reichsanwalts-Präsidenten von gestern zu wenig Achtung der Reichs-Regierung gezeigt hätten, auf baldige Regelung der sozialen Missstände einzugehen.

Dem Antrag Stumm ist ein Unter-Antrag Güttherr (Münster) entgegengesetzt, welcher den Reichsanwalt ersucht, unverzüglich die durch die Resolution von 1876 geforderten Erhebungen über Krankheits-, Invaliditäts- und Sterblichkeits-Statistik vornehmen zu lassen und nach deren Abschluß dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Bildung von Alters-, Invaliden- und Invalidenklassen auf Grund freiwilliger genossenschaftlicher Theilnahme für sämtliche Berufsklassen ermöglicht und fördert.

Der Antrag ist unterstützt durch den Fortschritt und einen Theil der National Liberalen.

Der Antragsteller Abg. Güttherr (Münster) empfiehlt seinen Antrag, der vor allen Dingen den Zwangsbeitritt aus den Kassenvereinen beseitigen will. Von jeher ist betont worden, vom größten Theil des Hauses und besonders vom Centrum, daß jeder Zwang fernbleiben soll. Der Begriff obligatorisch ist allerdings schwankend, aber der Antrag Stumm läßt über den gewollten Zwang nicht im Unklaren. Die Knappschaften sind noch mit ganz veralteten Bestimmungen behaftet, welche doch mindestens erst herausgeschafft werden müssen. Es ist nicht zu leugnen, daß die Knappschaftsvereine besser sind, als man glaubt, aber ihre Einrichtung sofort auf die ganze Nation zu übertragen, das ist ungeheuer bedenklich. Die gegenwärtigen Verhältnisse der Arbeiter sind traurig, aber das wird sich ändern. Der Arbeiter soll nun noch ein Kapital hergeben, um es tot zu liegen zu sehen, was gerade heute eine schwere Zumuthung ist.

Abg. Reichensperger (Dlpe): Wenn eine Gemeinde gezwungen sei, die alten und arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter zu versorgen, Krankenhäuser zu bauen und die obligatorische Armenpflege zu übernehmen, so müßte sie auch das Recht haben, die Einführung zwangswiesiger Unterstützungskassen zu verlangen. Zwar wäre ja auch auf diesem Gebiete die Selbsthilfe das Wünschenswerthe; aber eine lediglich fakultative Einrichtung würde gar keine Wirkung haben. Das Haus habe die moralische Verpflichtung, für die Interessen des Arbeiterstandes nach der äußeren Unterdrückung der sozialdemokratischen und kommunistischen Propaganda mit positiven Leistungen einzutreten. Der Antrag Stumm biete dazu eine geeignete Handhabe.

Abg. Ricker erklärt sich für den Antrag Güttherr im Gegensatz zu dem Antrage Stumm. Die Ausführbarkeit des letzteren Antrages bezweifelt Redner auf das Entschiedenste, da für die zur nächsten Session geforderte Vorlage bis dahin nicht das genügende statistische Material beschafft werden könne. Obligatorische Kassen einzuführen, sei kein Grund vorhanden. Redner ist ein Freund des Militärs und des Schulzwanges, weil Beide dem öffentlichen Wohle und dem Interesse des Staates entsprechen, aber bezüglich der Zwangskassen habe Abg. Stumm einen derartigen Beweis nicht beizubringen vermocht. Die Ausführungen des Abg. Stumm litten an einer gewissen Halbheit; entweder müsse man die Zwangskassen gar nicht im Prinzip gelten lassen oder aber sich nicht auf die Fabrikarbeiter allein beschränken; das sei eine Ungerechtigkeit und führe zu einer Doppelbesteuerung der letzteren, die so gezwungen würden, einerseits zur Zwangs-Unterstützungskasse und andererseits gleichzeitig zur Armenkasse beizutragen. Den Zwangswang resp. den Kassenzwang trete auch der Umstand entgegen, daß die Arbeitnehmer nicht durchweg im Stande sein würden, die Kassenbeiträge zu leisten und den Arbeitgebern dürfe man deren Zahlung doch auch nicht ohne Weiteres heute zumuten, wo die Industrie so schwer leide. Napoleon III. sei auf sozialem Gebiete ein Mann von kühner Initiative gewesen, aber sein 1869 oder 1870 entworfener Plan, Kassen, wie sie der Antrag Stumm will, zu gründen, sei gescheitert an dem Widerstand der Fabrikanten. Geduld, langsame Arbeit werden dem Volke mehr nützen als ein gewaltsamer Eingriff in das Arbeiterwesen, das nie gute Früchte tragen könne.

Präsident des Reichsanwalts, Staatsminister Hofmann: 1876 wurden die verbündeten Regierungen ersucht, genaue Mittheilungen an die Reichsregierung gelangen zu lassen, wie viele Alters-, Invaliden- u. Kassen in ihren Gebieten wären, und die Statuten einzulegen. Dieses Material ist uns nun bis in die letzte Zeit geliefert worden, und wir sind gern bereit, dieses Material der etwa von Ihnen einzusetzenden Kommission zuzustellen. Vorläufig kann ich Ihnen mittheilen, daß Pensionskassen be-

stehen 5144 mit 1,600,000 Mitgliedern und 24,560,000 Mark Vermögen; Invaliden- und Altersversorgungskassen 166 mit 39,107 Mitgliedern und etwas über 3 Millionen Mark, Wittwenkassen 183 mit 25,580 Mitgliedern und 8,848,000 Mark, endlich gemischte Unterstützungskassen 1035 mit 171,965 Mitgliedern und 17,687,000 Mark Vermögen. Daraus geht hervor, daß das Kassenwesen schon einen bedeutenden Umfang erreicht hat. Nun lassen sich drei Wege zur weiteren Ausdehnung dieser segensreichen Institute denken, einmal obligatorische Einrichtung, wie sie der Antrag Stumm verlangt, sodann ein gewisser bedingter Zwang mit Aufstellung von gewissen Normen und dann völlig fakultative Einrichtung. Ich glaube, daß man sich noch nicht für ein bestimmtes System aussprechen kann, der Vorschlag kommissarischer Berathung wird wohl Ihren Beifall finden, und können Sie der Ueberzeugung sein, daß seitens der Reichsregierung der Frage die eingehendste Theilnahme entgegengebracht wird.

Abg. Ademann: Die Knappschaftskassen bestehen schon seit dem 14. Jahrhundert, und ihr Vorbild wäre als Muster für die einzurichtenden Invaliden- und Altersversorgungskassen nur zu empfehlen. Die freien Invalidenklassen haben sich in der Praxis nicht bewährt; der „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ hat mit der Gründung einer solchen schmähligen Fiasco gemacht und dabei 20,000 Thaler zugelegt. Durch die Einführung von Zwangskassen würden auch die einzelnen Industriellen nicht die Nachteile erleiden, welche man von der anderen Seite befürchtet. Die Montanindustrie, die doch so bedrückt wäre, wie keine andere, bewies mit dem Blühen der Knappschaftskassen das gerade Gegentheil.

Abg. Dr. Bamberg: Die heutige Verhandlung werde vielleicht den Eindruck machen, daß wohl hier und da einzelne Kleinigkeiten an der Organisation der Knappschaftskassen bemängelt werden können, daß aber im Ganzen an denselben nichts auszusetzen sei. Das würde ein unrichtiges Bild geben; denn die Knappschaftskassen sind denselben Mängeln unterworfen, wie alle Unterstützungskassen. In Sachjen und am Rheine sei der Glaube an deren Fortexistenz auf ihrer heutigen Basis stellenweise stark erschüttert. Es sei also — und das wolle er dem Abg. Stumm bemerken — doch wohl nicht rathsam, unter solchen Verhältnissen die ganzen gewerblichen Kassen auf das Knappschafts-System zu gründen.

Abg. Dr. Hamacher nimmt dem Vorredner gegenüber das Organisations-Prinzip der Knappschaftskassen in Schutz. Schon seit 25 Jahren habe allerdings jeder Statistiker ihr Prinzip als ungesund bezeichnet, ihren Untergang prophezeit, nichtsdestoweniger aber haben sich die Knappschaftskassen bis heute als ganz lebensfähig bewiesen.

Die Diskussion wird geschlossen. Als Antragsteller führt Abg. Stumm in seinem Schlusswort aus, daß die Diskussion eine ziemliche Zahl von Mißverständnissen aufzuweisen gehabt hat. Nicht er (Redner) sei mit seinem Antrage insofern unklar, sondern diejenigen, die diese Anschuldigung erheben. Das Gesetz von 1876 habe ja ausdrücklich eine neue Art von Zwangskassen eingerichtet, nämlich die obligatorischen Krankenkassen. Dem Arbeiterstande müßte gerade jetzt, da die Zeiten schlechte sind, geholfen werden. Mit den gegenwärtigen Zoll- und Steuerfragen stehe der vorliegende Antrag in keinem Zusammenhang.

Beide Anträge werden hierauf an eine Kommission von 20 Mitgliedern überwiesen.

Schluss 5 Uhr.
Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.
L.-D.: Weltpostvertrag, Etas.

Deutschland.

Berlin, 27. Februar. Die gestrigen Blätter bringen die Beschlüsse der Zolltarifkommission, welche in der Sitzung am Montag gefaßt worden sind. Die Mittheilung zeigt einige nicht wesentliche Auslassungen und einige ebenfalls geringe Unrichtigkeiten. Die beschlossenen Sätze sind folgende: auf Weizen, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchte, sowie nicht besonders genannte Getreidearten pro Centner 50 Pf., auf Roggen, Mais und Buchweizen pro Centner 25 Pf., auf Malz 1 M., auf Anis, Kümmel, Fenchel und Kümmel 50 Pf., auf Raps und Rübsaat 15 Pf. Alle übrigen Oelkörner

gehen frei ein; alle übrigen Samenarten, sowie frische Beeren, Wacholderbeeren aller Art entrichten 50 Pf. Obstkerne sind frei. Pferde, Maulthiere, Maultiere, Gel pro Stück 10 M., Stiere und Rinder pro Stück 6 M., Ochsen 20 M., Jungvieh 4 M., Kälber unter 6 Wochen 2 M., Schweine 2,50 M., Spanferkel 30 Pf., Schafvieh 1 M., Lämmer 50 Pf.

In Folge des Bundesrathsbeschlusses vom 6. Juni 1878 soll eine Kommission berufen werden behufs Revision der Pharmacopoea germanica. Der Reichsanwalt hat für wünschenswerth erachtet, daß zur Beschaffung des der erwähnten Kommission zu unterbreitenden Materials einzelne namhafte Medizinalbeamte, Universitätslehrer und Apotheker zu einer Auserkennung darüber veranlaßt werden, welche Mängel bei der Anwendung des gesetzlichen Arzneibuches bisher hervorgetreten sind und welche Verbesserungen der Arzneischatz seit dem Erlaß des Arzneibuches erfahren hat. Der Kultusminister hat in Folge dessen an eine Anzahl Personen der genannten Kategorien das Ersuchen gerichtet, ihm binnen 3 Monaten gutachtliche Aeusserungen einzulegen.

Unter Bezugnahme auf den Beschluß des Bundesraths vom 17. April v. J. ist dem Bundesrath eine Uebersicht über den Stand der Bauausführungen und der Beschaffungen von Betriebsmaterial für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und die im Großherzogthum Luxemburg belegenen Strecken der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahn zugegangen.

Auf der Tagesordnung der heutigen Bundesrathssitzung standen an Vorlagen der Stand der Bauausführungen u. s. w. der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und der Vertrag mit Oesterreich wegen Revision des Artikels V des Prager Friedens; ferner Anträge der Ausschüsse auf Aenderung des Gesetzes über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs-Genossenschaften und in Betreff des Gesetzentwurfs zum Schutz nützlicher Vögel. Unter den vorkommenden Berichten ist der über die Konvention zur Bekämpfung der Rebhals hervorzuheben.

Die Zolltarifkommission hat in ihrer gestrigen Sitzung die Positionen der Eisenzölle im Wesentlichen beraten. Die noch übrigen zu dieser Kategorie gehörigen Gegenstände, wie Maschinen-Eisentheile u. s. w., werden in der auf morgen anberaumten Sitzung voraussichtlich erledigt werden. Heute findet keine Sitzung statt.

Heute ist im Reichsanwaltsamt die technische Deputation für Seeschiffahrt unter Vorsitz des Geheimen Oberregierungs-raths Dr. Kösting zur Beratung des Gutachtens über die Havarie grosse zusammengetreten.

Die Gesamtzahl der Kreisfiskusinspektoren in Preußen beträgt 868. In Berlin wirken 6 ständige Inspektoren, im Regierungsbezirk Potsdam 1 ständiger und 51 Inspektoren im Nebenamt. Die letzteren sind nur Geisliche. In der Provinz Brandenburg sind 93 Inspektoren, von denen 7 nicht Geisliche sind. Sechs der letzteren fungiren in Berlin.

Vom Statistischen Amt ist jeben Band XXX der Statistik des deutschen Reiches, Theil 2 des „Ausländischen und überseeischen Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets und der deutschen Zollausgänge im Jahre 1877“ erschienen.

Der Kultusminister hat die Genehmigung zur Errichtung einer Bildungsanstalt für Lehrerinnen an Volks- und Bürgerschulen an die Stadt Stendal ertheilt. Die Eröffnung der Anstalt wird am 28. April erfolgen. Die Zöglinge werden soweit vorbereitet werden, daß sie die Lehrerinnenprüfung nach der Prüfungsordnung vom 24. April 1874 absolviren können.

Berlin, 27. Februar. In Reichstagskreisen bildeten gestern — wie man uns mittheilt — die aus Petersburg eingetroffenen telegraphischen Nachrichten von dem Ausbrechen der Pest in der russischen Hauptstadt den Mittelpunkt der Unterhaltung. Die ärztlichen Mitglieder des Reichstages erklärten den Professor Volkin, welcher nach der ersten Nachricht des „Regierungsboten“ den Befall konstatierte, für einen überaus ruhigen und vorsichtigen Arzt, der solche beunruhigende Mittheilungen nicht ohne Grund in die Welt setzen lassen würde. Es sollen übrigens im Laufe des gestrigen Tages Mittheilungen aus Petersburg hier eingetroffen sein, wonach das Vorkommniß des Pestfalls bestätigt wird. Das hiesige auswärtige Amt hat sofort nach Petersburg telegraphirt und um einen eingehenden Bericht über den dort vorgekommenen Krankheitsfall ersucht. So-

bald hierüber genauere Nachrichten vorliegen, werden die Abgg. Dr. Thilens und Dr. Mendel, deren Best-Interpellation, mit zahlreichen Unterschriften aus allen Fraktionen des Hauses bedeckt, sich schon längst auf dem Bureau des Reichstages befindet, je nach dem eintreffenden Mittheilungen diese Interpellation vor das Plenum bringen. Der Präsident des Reichstages Hofmann hatte seinerzeit bekanntlich den Wunsch ausgesprochen, es möchte mit der Best-Interpellation so lange gewartet werden, bis die ersten offiziellen Nachrichten der nach Russland gesandten Sanitätskommission hier eingetroffen sind. Der Petersburger Fall hat jedoch mit der Mission der Kommission nichts gemein, und es ist zur Beruhigung der öffentlichen Meinung sehr erwünscht, daß der Reichsregierung sobald wie möglich Gelegenheit geboten wird, sich über die Angelegenheit an berufener Stelle, auszusprechen.

Es ist mehreren Berliner Zeitungen gestern Abend die folgende Nachricht mitgetheilt worden: „Auf Anfrage von hieraus ist von der kaiserlichen Botschaft in Petersburg nachfolgendes Telegramm eingegangen: „Regierungsbote meldete, daß D. Doffin bei einem vor Monatsfrist Erkrankten Deuten entdeckt hat, auf welche Dr. Depner's Beschreibung der Vorläufer der Pest Anwendung findet. Amtliche Untersuchung hat ergeben, daß jene Subonen von Syphilis herrühren

Ausland.

Paris, 25. Februar. Die von mir bereits erwähnte Thatsache, daß ein Theil der bonapartistischen Fraktion beschlossen habe, der gegenwärtigen republikanischen Regierung keine systematische Opposition zu machen und namentlich unter keinen Umständen ein Bündniß mit den „Unversöhnlichen“ der Linken einzugehen, wird jetzt von autorisierten Organen der Partei bestätigt. Der „Constitutionnel“, das ehemalige hochoffizielle Organ des Kaiserreichs und seit einiger Zeit unter der sehr geschickten Leitung des Herrn Granier liberalen Tendenzen huldigend, veröffentlicht die folgende erschütternde von Baron Hauffmann mitgetheilte Note:

„Seit einigen Tagen melden mehrere Journale, daß der Baron Hauffmann die Führung einer kleinen Gruppe bonapartistischer Deputierten übernehmen werde, welche entschlossen seien, sich der Republik anzuschließen. Folgendes ist die Wahrheit: Herr Hauffmann, obgleich der Regierung, der er gedient hat, treu bleibend, obgleich der Vergangenheit sein Bedauern und für die Zukunft seine Hoffnungen bewahrend, erachtet es als seine Pflicht, der gegenwärtigen Regierung keine systematische Opposition zu machen. Er wird im Gegentheil der Regierung beistehen, durch seine Abstammungen den Radikalismus und die Revolution zu bekämpfen; in allen Fragen der sozialen Ordnung, welche das Land interessieren, wird er seinen politischen Parteipunkt hintanziehen und, wie er es unter dem Kaiserreich gethan haben würde, für die Ordnung und für die Gesellschaft stimmen. Der ehemalige Seine-Präsident wird sich niemals einer elenden und unmoralischen Koalition anschließen, um die Regierung zu stützen. Herr Hauffmann ist der Ansicht, daß seine vor allem Anderen die Ordnung vertretende Partei nicht einmal durch eine sträfliche Enthaltung die Unordnung begünstigen darf.“

Ein anderes bonapartistisches Blatt, „Le Gaulois“ erklärt ebenfalls, daß Baron Hauffmann und seine Freunde „als wahre Patrioten, als gute Bürger unter allen Umständen die Feinde des Radikalismus bleiben werden, selbst auf die Gefahr hin, in die Nothwendigkeit zu gerathen, „für einen Augenblick“ mit den Feinden der gegenwärtigen Regierung gemeinschaftliche Sache zu machen.“ Die Regierung hat demnach nunmehr die Gewißheit, daß etwa 40 oder gar 50 Mitglieder der Rechten unter keinen Umständen eine Koalition mit der äußersten Linken eingehen werden, daß sie also nicht mehr zu befürchten hat, durch eine solche Koalition bei der Abstimmung über irgend eine wichtige Frage geschlagen zu werden. Es wird dies dem Ministerium ein Gefühl der Sicherheit geben, das nicht hoch genug anzuschlagen ist, und es wird dies hoffentlich auch die Energie des Kabinetts in Zurückweisung der radikalen Forderungen und Drohungen verdoppeln.

Paris, 26. Februar. Der Minister des Innern de Marcère beabsichtigt morgen, falls die äußerste Linke nicht die angekündigte Interpellation einbringt, letztere selbst zu provozieren, um bei dieser Gelegenheit die gegen ihn gerichteten Angriffe und Beschuldigungen gebührend zurückzuweisen. Das Verbleiben oder der Austritt des Ministers wird abhängend von dem Ausgange dieser Debatte abhängen. Der zugleich mit Herrn de Marcère von der „Lanterne“ angeschuldigte Sekretär des Ministers Jacques Meyer, früher Redakteur des „Soir“, hat seine Entlassung gegeben, um gegen die „Lanterne“ einen Verleumdungsprozeß anzuknüpfen. Das Entlassungsgeheiß des Polizeipräsidenten Vigot ist angenommen worden. Derselbe ist zum Mitgliede des Staatsraths ernannt und durch den Präsidenten der Charente Inferieure Regnault ersetzt worden.

Rom, 25. Februar. Roma locuta est, causa finita est: Die Äkten der katholisch-konservativen Partei des Grafen Mastini werden im Vatikan nicht kotirt. Heute Mittag empfing der Papst die Deputation der sogenannten katholischen Presse aller Länder, welche ihm zur Jahresfeier seiner Thronbesteigung ihre Glückwünsche darbrachte und ihn ihrer unwandelbaren Ergebenheit versicherte. Es waren gegen 700 Personen, Priester und Laien, wovon gewiß nur die Wenigsten auf den Namen Journalisten Anspruch machen können; die Adresse, die sie an den Papst richteten, verrieth nur zu sehr, daß Journalisten sie nicht redigiert hatten, da selbst die schlechtesten unter ihnen nicht so weitgeschweifig und verworren schreiben. Doch dies ist ganz neben-

sächlich, da der Papst sie in der Eigenschaft von Journalisten empfing, ihnen als solchen antwortete und sie als solche segnete. Die Hauptsache war, daß Papst Leo diesen Anlaß ergriff, um sich über oder vielmehr gegen die katholisch-konservative Partei offen und entschieden auszusprechen. Er äußerte seine Mißbilligung gegen diejenigen, welche, obgleich sie sich Katholiken nennen, sich erklähren, allein und ihrem Wohlbestehen hochwichtige, die höchsten Lebensinteressen der Kirche betreffende Fragen lösen zu wollen, ohne vorher die Befehle des obersten Lehrstuhles des Glaubens und der Wahrheit eingeholt zu haben, und auf diese Art die Rechte und die Freiheit der Kirche und des heiligen Stuhles verlegen. Die weltliche Herrschaft des heiligen Stuhles sei eine Nothwendigkeit, weil sie allein denselben gegen den Zwang und die Herrschaft der Mächtigen schütze und der Kirche die Freiheit und Unabhängigkeit sichere. Er forderte die katholische Presse auf, die weltliche Macht des Papstthums mit allen ihren Kräften zu revidieren und zu vertheidigen, und für die Wahrung der Prinzipien einzustehen, auf denen die soziale Ordnung, der Friede und die Zivilisation beruhen. Italien werde so lange keines dauerhaften Friedens genießen, als es die Würde des Papstthums und die wirkliche Freiheit der Kirche und des Papstes nicht wiederhergestellt haben werde.

Daß diese offene Kriegserklärung an Italien und die unbedingte Verurteilung jener Männer, welche sich einbilden, ihr Vaterland lieben zu dürfen, ohne deshalb aufzuhören, fromme Katholiken zu sein, von der fanatischen Zuhörerschaft des Papstes mit jubelndem Entzücken aufgenommen wurde, bedarf kaum der Erwähnung. Ein Rattänderer kirchlicher Journalist rief, die Treppe des Vatikans herabsteigend, laut: „Er hat die Schiffe hinter sich verbrannt; er muß in den Fußstapfen Pio Nonos wandeln.“ Nun wird ein Verschimmelungs-Prozeß beginnen und zwar auf Kosten der Konfessionen und höchst wahrscheinlich zum Vortheile der Radikalen.

Provinzialen.

Stettin, 28. Februar. Die von den Provinzialbehörden zu stellenden Anträge auf Unabhängigkeit der im militärischen Verbande stehenden Volksschullehrer sollen zufolge ministerieller Anordnung vom Ablauf des Monats April beim Unterrichtsminister eingereicht werden.

Der Intendantur-Rath Lampe hiersebst ist zum Militär-Intendanten des 2. Armee-Korps ernannt worden.

Prag, 26. Februar. Herr Rechtsanwalt Krause hiersebst tritt wieder in den direkten Staatsdienst über, und zwar schon am 1. April er. als Kreisrichter in Kammin. Es steht zu erwarten, daß diese eintägige Rechtsanwaltsstelle womöglich bis zu dem gedachten Termine wieder besetzt wird, was um so mehr zu wünschen wäre, als die zweite hiesige Rechtsanwaltsstelle schon seit Jahren vakant ist.

Greifswald, 27. Februar. Obgleich sich die Zahl derjenigen Individuen, welche in der Zeit der beiden fluchwürdigen Attentate auf unseren Heidenkaiser um die Mitte des vorigen Jahres wiederholt unehrenbete Äußerungen über Se. Majestät gethan, und dafür auch mehr oder weniger exemplarische Strafen erhalten haben, glücklicher Weise in unserer Gegend auf Null reduziert, so hat, wie wir hören, das hiesige Kreisgericht in seiner gestrigen Sitzung doch noch wieder ein Subjekt, in der Person eines Wolgaster Schlossergesellen, wegen Majestätsbeleidigung auf Grund der Strafbestimmung des § 95 des Reichsstrafgesetzbuches zu einer sechsmonatlichen Gefängnisstrafe verurtheilt. — In Anerkennung der Bestrebungen des hiesigen Vereins für Thierzucht haben die städtischen Behörden beschloffen, von ihm für Anfang März beabsichtigte Ausstellung durch Ueberweisung von Medaillen zu unterstützen. Man hat sich für die Anschaffung von zehn silbernen und zehn bronzenen Medaillen entschieden und städtischerseits hierzu 160 M. bewilligt.

Stralsund, 27. Februar. Der Schneesturm der letzten Tage, namentlich in der Nacht auf den 26. d. M., hat den Verkehr auf den Landstraßen und Eisenbahnen sehr erschwert und gestern zum Theil ganz unterbrochen. Auf der Nordbahn war zwischen Demmin und Treptow durch Schneeweichen die Bahn anpassbar geworden; erst gestern Abend um 9 Uhr traf hier wieder ein Zug ein. Ebenso war der Verkehr auf der Vorpommerschen Bahn wegen Schneeweichen in der Nähe von Mißlow unterbrochen und konnte die Bahn erst gegen Abend freigelegt werden, so daß die Züge von Greifswald, wo sie halten mußten, erst gegen Abend nach hier abgelaufen werden konnten, und ebenso ein Zug von hier nach Greifswald erst Abends abgehen konnte. Die Chaussees waren an verschiedenen Stellen so hoch verschneit, daß die Fuhrwerke ihren Weg zum Theil über die Acker nehmen mußten. Nach Rebedas und Richtenberg werden Postkutschen wegen Unfahrbarkeit der Chaussees noch mittelft Reitposten befördert.

Wolgast, 26. Februar. Die im Außenstrande von Carlsbagen am 18. d. Mts. gestrandete Yacht „Minna“, Kapit. Tändler, hat merkwürdiger Weise bei den großen Stürmen der letzten Tage keinen Schaden genommen. Selbstige steht fast auf dem Lande und ist mit dicken und festen Eisschollen aus der See umgeben, welche die Kraft der ankommenden Wogen gebrochen und somit jenem Schiffe Schutz gewährt haben. Beim Fehlen jener Eisschollen wäre das Schiff sicherlich von den Wogen zerstört worden.

Stolz, 26. Februar. Am künftigen Sonntag findet vor dem Schwurgericht hiersebst die

Verhandlung in Sachen der Frau von der Osten statt.

Berühmte.

Der Kaiser, welcher bekanntlich der hundertsten Aufführung des „Doctor Klaus“ im Ballnethheater beizuwohnte, hat dem Autor des Lustspiels, Herrn Arronge, durch Herrn Geh. Hofrath Borch einen kostbaren Brillantring überreichen lassen, nachdem der Kaiser zuvor ein gedrucktes Exemplar des „Dr. Klaus“, bei dem er sich so vortreflich amüsierte, entgegengenommen hatte. Arronge hat seinem Stücke, außer einer ehrsüchtigen Widmung auch einige Verse — im Namen des Dr. Klaus beigegeben. Hier sind die allerliebsten Verse:

„Als hundert Mal ich ordiniert,
Hat auch mein Kaiser konsultirt
Und meine Medizin probirt.“
„Und wenn sie auch nur auf Sekunden
Der Sorgen Schatten überwunden,
Hab' ich den höchsten Lohn gefunden.“
„Ich preise laut Fortunas Segen!
Ihr Grimmig Lachenden Kollegen,
D, gönnt den Platz in Kaisers Haus
Dem „sogenannten“

Doctor Klaus.“

Es bedarf wohl nicht der Erinnerung, daß sich diese scherzhafte Anspielung auf die Leibärzte des Kaisers, Grimm und Lauer, bezieht.

Eine Scene, die in Künstlerkreisen viel von sich reden macht, hat sich vor Kurzem in der Wohnung eines Berliner Künstlers abgespielt, dem der Kronprinz mit der bei ihm gewohnten Lebenswürdigkeit gegen Künstler, aus irgend einem Anlaß einen Rondolenzbesuch machte. Der Blick des Kronprinzen fiel auf zwei besonders schöne Eweres-Basen. Er erkundigte sich bei der Gattin des Künstlers, woher dieselben stammten und diese erwiderte, mit einer allerdings erstaunlichen „Unbefangenheit“: „Die hat uns ein Hauptmann im Jahre 1871 hierher gerollt.“ (Man kennt die Bedeutung des Ausdrucks „rollen“). Der Kronprinz sah die Dame einen Augenblick verdutzt an, dann sagte er: „Ah, dann bedauere ich, daß ich als preussischer General diesen Besuch abbrechen muß.“ ... Sprach's und verließ das Ehepaar. Vielleicht ist der Dame erst bei dieser Antwort des Kronprinzen klar geworden, welche eine enorme Taktlosigkeit sie begangen hatte.

Kapitän Paul Boyton, der die ganze Welt in dem von ihm erfundenen Apparate umschwimmt und auf dieser Tour bekanntlich auch in Weissenhof bei Berlin Vorstellungen gegeben hat, machte an sich ebenfalls die Erfahrung machen, daß der Prophet im eigenen Lande nichts gilt. Trostlos er als Kapitän einer Küstenwache für Lebensrettung im Staate New-Jersey 72 Menschenleben den Fluten entziehen und dafür Anerkennungsgeldern und Diplome erhalten, trotzdem sein Schwimmtapparat von ihm in Amerika erfunden und dort zuerst benutzt worden ist, mußte er auf seinen fünf Jahre währenden Schwimmtouren in Deutschland, Russland, Desterreich, Italien, Spanien, Frankreich und England sich erst einen Namen machen, ehe man in Amerika selbst ihm besondere Aufmerksamkeit schenkte. Mit um so größerem Eifer wird er allerdings bei seinem jetzigen Besuche dort überhäuft. Es ist, als ob die lange zurückgedrängte Begeisterung sich nun in unbreitbarer Hysterie Platz machen wolle. In Washington wurde Boyton vom Präsidenten der Vereinigten Staaten empfangen und gab dann vor dem gesammten Kongress und dem diplomatischen Korps eine Vorstellung. Seine Hauptleistung aber hat er unter einem Enthusiasmus, der als grenzenlos geschildert wird, jeden mit Lebensgefahr auf dem flusse Alleghany ausgeführt. Bierzehn Tage hindurch ist er diesen Fluß bei eisiger Kälte hinabgeschwommen. Oft hat er sich mit seinen durch Eisenspitzen dazu verwendbar gemachten Ruderspielen einen Weg durch das Eis brechen müssen, dann wieder schwebte er in der dringendsten Gefahr, vom Treibeis erdrückt oder fortgerissen zu werden. Die Zeitungen rüsteten Erzählungen aus, auf denen ihre Berichterhalter auf den Fluß entlang laufenden Schleißen ihn begleiten konnten, große Expeditionen wurden veranstaltet, um ihn zu sehen; die Nacht wurde zum Tage gemacht, denn Tausende und aber Tausende erwarteten ihn am Landungsplatze. Das großartigste Schauspiel aber bot sich in Pittsburgh dar. Hier hatten vollauf hunderttausend Menschen an den Ufern des Alleghanyflusses Posto gefaßt, um den Ankommenden zu begrüßen. Selbst die schneibrandte Kälte — eine Kälte, von der man hier zu Lande keine Ahnung hat — vermochte zarte Damen nicht zum Verlassen ihres Platzes zu bestimmen. Die gesammte Polizeimacht mußte aufgestellt werden, um die Massen in Ordnung zu halten. Als er aber kam, als der Jubel und das wüste Geschrei immer toller wurde, da trat ein solches Gedränge ein, daß Polizisten und Publikum im wirren Durcheinander vorgebrängt in's Wasser stürzten. Ihrer zwanzig vorpeltelten in den Fluten. Glücklicher Weise waren auch genug Zuschauer in Röhren auf dem Wasser, um Alle wieder lebend herausziehen zu können. Boyton selbst betheiligte sich ebenfalls an dem Rettungswerk.

Ueber eine unerhörte Brutalität bringt die „M. Ztg.“ folgende Mittheilung: Die in voriger Woche von London in Bremerhaven angelommene Mannschaft des Bremer Schiffes „Hedwig“ berichtet, daß der Schiffsjunge Fennelohl aus Begehr eines Tages wegen eines geringen Vergehens vom Kapitän Barnden und dem ersten Steuermannen nach am Kopf bill festgebunden worden sei, so daß er platt auf dem Deck lag, und daß er so drei Tage trotz der Kälte gelegen habe. Am Abend des dritten Tages habe ihn der Kapitän auf die Nachricht, der Junge sei noch am Leben, anstatt

den Halbtodestodesbinden zu lassen, noch einem Fußtritt gegeben und ihn noch bis zum anderen Morgen 8 Uhr liegen lassen, um welche Zeit der Unglückliche bereits verstorben war. Die Behörde wird sicher diese Angelegenheit einer eingehenden Untersuchung unterwerfen und die Schuldigen, falls sich die Mittheilung in ihrem vollen Umfange bestätigt, zur Verantwortung ziehen.

Literarisches.

Fellas und Rom. Eine Kulturgeschichte des klassischen Alterthums von Jakob von Falke. Zweite Lieferung. Von diesem großen neuen Familienwerk tritt soeben die zweite Lieferung ans Licht und rechtfertigt durchaus die günstige Aufnahme, welche das Unternehmen überall gefunden hat. Das Buch soll den gebildeten Leser mit dem Kulturleben der Griechen und Römer, besonders mit der künstlerischen Seite desselben, durch unmittelbare Anschauung und lebendige Schilderung vertraut machen. In der Darstellung solcher Kulturzustände ist bekanntlich Jakob von Falke ein trefflicher Meister; er weiß die Bilder aus alter Zeit nicht bloß richtig zu zeichnen, sondern auch wirksam zu beleben. Sollen wir ein lüdenloses Bild der antiken Kultur in uns aufnehmen, so werden wir aber nicht nur eine Darstellung dessen, was heute noch besteht, der Ruinen, der Haufen von Schutt und Scherben bedürftig sein, sondern Illustrationen begehren, die das Verlebte und Begrabene, die uns Athen und Rom so wieder vor die Augen stellen, wie es einst gewesen ist. Das leistet das obige Werk in ganz eminentem Grade und verspricht dadurch ein ausgezeichnetes klassisches Bildungsmittel zu werden.

„Noch immer ledig!“ Aus einem badi-schen Antiquarische wird der „Bad. Landes-Ztg.“ geschrieben: Eine 70jährige Jungfrau antwortete auf die Frage des Richters nach ihrem Familienstande mit einem, hohes Bedauern, aber keineswegs Hoffnungslosigkeit zeigenden Aufschlug der Augen: „Noch immer ledig!“

(Kindermund.) „Sind denn die Leute in Teplitz Menschenfresser, Mama?“ fragte jüngst ein kleines Mädchen, das in der „böhmerischen Schölschule“ von der Quellenverfälschung in diesem Bade gehört hatte. „Warum denn, mein Kind?“ „Nun, in meinem Geographiebuch steht ja: Die Einwohner leben von Badegästen.“

Telegraphische Depeschen.

München, 27. Februar. Der Senat hat nach einer zweitägigen Debatte die Position von 84.000 M. für die Landgerichte nach dem Antrage des Ausschusses angenommen.

Wien, 27. Februar. Die hiesigen Blätter fassen den Pessimismus in Petersburg trotz der nachträglichen Dementis sehr ernst auf und verlangen strenge Abperrungsmaßregeln von der Regierung.

Wien, 27. Februar. Stenograph und Preter reisten nach Pest ab, behufs einer Beratung mit den ungarischen Ministern wegen der Verwaltung von Bosnien.

Teplitz, 27. Februar. Seit heute früh sind auch einige Brunnen in der Steinbadgasse versiegt. Gestern langten fünf Bergleute aus Piribram hier an, welche zur Ausführung der Teufarbeiten telegraphisch hierher berufen worden sind.

Verailles, 27. Februar. Die heutige Erklärung des Finanzministers Say in der Budgetkommission ging im Wesentlichen dahin, eine Konvertirung der fünfprozentigen Rente sei im Lande unpopulär und auch nach außen hin schwer durchzuführen. Man müsse die Eventualität ins Auge fassen, daß die Inhaber von fünfprozentigen Renten sich weigerten, die alten Stücke gegen neue unzutauschen, dann bleibe nichts übrig, als behufs der Einlösung das Gold der Bank zu erschöpfen, dadurch würde man aber genöthigt sein, den Zwangscours wieder einzuführen. Der Minister wies ferner auf die Gefahr hin, daß das französische Kapital sich den ausländischen Anleihen zuwende. Nachdem der Minister die Sitzung verlassen hatte, sagte die Kommission nach vorausgegangener Debatte mit 18 Stimmen den bereits gemeldeten Beschluß, von der Erklärung des Ministers Akt zu nehmen. Die Kommissions-Mitglieder Grimaud und Rivet wünschten, daß der Minister nochmals gehört werde, Floquet und Berlet wiesen auf die Gefahr eines solchen Vorgehens hin, das zu einer politischen und finanziellen Krise führen könne. Dem Beschluß der Kommission wird in parlamentarischen Kreisen die Bedeutung beigelegt, daß dadurch der Regierung ausschließlich die Initiative und die Verantwortung für die Konvertirung überlassen wird, sobald für die letzte ein geeigneter Moment eintreten wird.

London, 26. Februar. Prinz Louis Napoleon verließ heute Mittag London, um nach dem Kap der guten Hoffnung abzugehen. An der Bahn hatten sich zahlreiche Offiziere versammelt, um ihm Lebewohl zu sagen. Kaiserin Eugenie begleitete ihren Sohn nach Southampton. Beide, die Kaiserin und der Prinz, wurden vom Volke mit begeisterten Begehrungen begrüßt.

London, 27. Februar. Unterhaus. Der Staatssekretär des Krieges, Stanley, erklärte auf eine Anfrage Whitwells, daß die Zahl der nach dem Kap bereits eingeschifften oder noch einzuschiffenden Truppen 8000 bis 9000 Mann mit 1800 Pferden, 18 Geschützen und 275 Wagen betrage.

Petersburg, 27. Februar. Der jüngste Sohn des Großfürsten Konstantin Nikolaus, Großfürst Wladimir Konstantinowitsch, ist heute gestorben.

Entbindungs-Anzeige.

Durch die Geburt eines kräftigen Jungen wurden erfreut.

Stahl und Frau, geb. Bartelt.